

Notwendigkeit geworden sei, um den französischen Markt unverzüglich und wirksam gegen die Zollpolitik der verschiedenen ausländischen Mächte zu schützen. Der französische Markt dürfe nicht weiter das Sammelbecken für die Überproduktion der ganzen Welt bilden, wenn nicht die Krise in der französischen Wirtschaft eine weitere bedrohliche Ausbreitung erfahren solle. In London scheint man sich jetzt aber schon freundlicher entgegengekommen zu sein. Die letzten Äußerungen Snowdens, daß hinsichtlich der Abkehr vom Freihandel die Tür doch noch nicht ins Schloß gefallen sei, lassen manche Hoffnungen auftauchen. Freilich spukt noch immer auch der Gedanke, uns nur auf Zeit ein volles Tributmoratorium zu gewähren, sich im übrigen aber eine Belastung der Reichsbahn mit etwa 600 Millionen Jahreservituit vorzubehalten. Wir müssen also damit rechnen, daß wir bis zur Lösung in Lausanne noch werden unter sehr starkem Druck gesetzt werden. Daß aber die Donaufrage auch als Agrarfrage, wenn nicht ein volles Jahr mit allen unabsehbaren Folgen verloren gehen soll, so rechtzeitig bereinigt werden muß, daß die neue Ernte untergebracht und finanziert werden kann, läßt gleichfalls hoffen, daß so oder so in diesem Sommer eine Klärung kommt.

Der Druck, dem wir bis dahin standzuhalten haben, ist im übrigen nicht nur ein politischer, von Frankreich ausgehend, sondern auch ein wirtschaftlicher, und das von nicht geringerer, unerhörter Wucht. In der kölnischen Volkszeitung wurde dieser Tage die Lage nur zu treffend mit folgenden Worten gefennzeichnet:

Rechnet man, daß der Dienst für ausländische Anleihen monatlich 150 bis 160 Mill. M. erfordert, 450 Mill. M. Devisen aber durchschnittlich nur einkommen, die für die Finanzierung der Einfuhr so ziemlich verbraucht werden, so ergibt sich ein Zuschußbedarf, der vor die Alternative stellt, entweder den Schuldendienst zu beschränken oder mehr Waren auszuführen, um die Währung zu schützen. Nicht geringere Sorge besteht um die Sozialversicherung, die stark in Bedrängnis gerät, zumal wenn die Staatszuschüsse infolge Rückgangs des Steueraufkommens zu fliehen aufgehören sollten. Der Arbeitsmarkt ist grotzenteils desorganisiert, der Kapitalmarkt stillgelegt, die Industrie zum Feiern gezwungen. Schließlich laufen am 30. April 75% aller Tarifverträge ab, die sich auf 8 Millionen Arbeiter erstrecken. Zu der politischen Unruhe auf Grund der Wahlen kommt also noch die lohn- und sozialpolitische. Darin prägt sich der Verzweiflungstampf eines ganzen Volkes um die Erhaltung der Grundlagen seiner Wirtschaft aus, die weder die Kraft zum Leben noch die Schwäche zum Sterben aufbringt und resigniert aus den Händen des Staates ihr Schicksal entgegennimmt.

Hier sind alle Punkte berührt, die augenblicklich höchste Aufmerksamkeit beanspruchen. Von allergrößter Dringlichkeit ist einmal die Regelung der Devisenfrage, zum andern die Regelung der Gemeinde-Haushalte. Im ersten Fall hat vor allem der Reichsverband der Industrie unterstrichen, daß der Kapitaldienst dabei vor den Wirtschaftsbedürfnissen zurücktreten müsse. Die Wirtschaft muß, wenn sie in Gang bleiben soll — und das ist unerläßlich, damit die Arbeitslosigkeit nicht noch katastrophaler ansteigt —, nicht nur exportieren, sondern auch importieren können. Sie darf daher der Devisen, die sie erarbeitet, nicht ohne Maß und Rücksicht beraubt werden, um ausländische Anleihen der Städte usw., die selber keine Devisen schaffen können, zu verzinsen und zu amortisieren. Die Stillhalteabkommen erstrecken sich vorläufig nur auf Wirtschaftsschulden. Erst jetzt ist ähnliches auch für die sonstigen Anleihen teilweise zustande gebracht worden. Planvolle Wirtschaft muß aber noch darüber hinausgelangen, wenn ein Moratorium mit allen seinen Gefahren vermieden werden soll. Hoffentlich ermöglicht sich das, nachdem nun nach Erledigung der Präsidentenwahl die Reichsregierung doch wohl wieder mehr Zeit für diese und andere brennendsten Fragen haben dürfte. Von den Gemeinden aus gesehen handelt es sich im übrigen dabei vielfach schon nicht mehr allein um eine Transfer-, sondern schlimmer bereits um die Aufbringungsfrage. Allerdings ist die Lage der Gemeinden nicht einheitlich. Manche stehen offen vor der Zahlungsunfähigkeit, andere vermögen sich noch leidlich zu behaupten. Daß diejenigen, die ohne Verschulden in Not gekommen sind, ebenso

wie diejenigen, die sich arger Mißwirtschaft schuldig gemacht haben, saniert werden sollen, und zwar nun gar auf Kosten derjenigen, die sich sonst aus eigener Kraft glauben behaupten zu können, macht die Durchführung einer einheitlichen Aktion von Reichs wegen besonders schwierig. Die Dinge kommen deshalb bisher auch kaum vorwärts. Es ist aber schon die zwölfte Stunde, um so mehr als ja doch immer weitere Teile der Wirtschaft zum Erliegen kommen und die Steuerkraft vor dem Zugriff der öffentlichen Hand immer rascher zusammensmilzt. Wie die Dinge hier stehen, darüber machte eben erst wieder in der Hauptversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin Geheimrat Bücher längere, überaus beachtliche Ausführungen. Er betonte, die AEG. habe in der Zeit seit der Stabilisierung der Markt, also in den letzten sieben Jahren, an Steuern 71,9 Millionen Mark, an sozialen Leistungen 66,4 Millionen Mark, zusammen 138,3 Millionen Mark gezahlt. Auf das jeweilige Aktientkapital bezogen, habe sie im Jahresdurchschnitt an Steuern 5,8 %, an sozialen Lasten 5,3 % des Aktientkapitals aufgebracht. Bei einem Vergleich dieser Zahlen mit denen in den letzten fünf Jahren der Vorkriegszeit zeige sich, daß die AEG., wenn sie die gleichen Steuern und Sozialabgaben wie in der Vorkriegszeit gezahlt hätte, 106 Millionen Mark weniger zu zahlen gehabt hätte; dieses Kapital würde zu ihrer Verfügung gestanden haben. Unter der gleichen Belastung wie in der Vorkriegszeit würde sich der ausgewiesene Verlust von 20 nur auf 2 Millionen Mark belaufen haben. Auf den Umsatz bezogen, hätten im Durchschnitt Soziallasten und Steuern in der Vorkriegszeit 1,26 % je Jahr betragen, auf das Aktientkapital berechnet 3,4 %, dagegen in der Nachkriegszeit 4,43 % vom Umsatz und 11,1 % vom Kapital. Diese Zahlen gewinnen, wie Dr. Bücher weiter ausführte, eine besondere Bedeutung dadurch, daß die Preise für die von der AEG. hergestellten Waren gegenüber der Vorkriegszeit im Durchschnitt gesunken seien. Mit sinkendem Umsatz steige zudem der Anteil der Lasten an den Gesamtkosten; die Steuern und Sozialleistungen könnten daher nicht aus den Überschüssen der Unternehmungen geleistet werden, sondern müßten aus deren Vermögen bezahlt werden. Als Ganzes gesehen, sei die deutsche Wirtschaft unter den bestehenden Umständen unrentabel geworden. Auch das finanziell stärkste Unternehmen könne diese Belastungen auf die Dauer nicht aushalten. Dr. Bücher ging sodann kurz auf die vom Reich durchgeführten Stützungsaktionen ein und wies darauf hin, daß die vom Reich ausgeworfenen Summen, wenn der Kredit des Reiches und der Länder aufrechterhalten werden solle, letzten Endes im Warenpreise bezahlt werden müßten. Für die Rentabilität der Unternehmungen müßten die Vorbedingungen wieder geschaffen werden, um die deutsche Wirtschaft in allen Teilen ihrer Leistungsfähigkeit wieder anzupassen. Das Eindringen des Staates in die Privatwirtschaft könne nicht von Vorteil für die Gesamtwirtschaft sein. Schließlich gab er noch seiner Überzeugung Ausdruck, daß die deutsche Wirtschaft die Krise überstehen werde, wenn klargelegt werde, welchen Weg die deutsche Wirtschaft gehe, und wenn außenpolitisch die Einigkeit nicht nur im Ziele, sondern auch im Wege aufgebracht werde. Besonders bezeichnend ist, daß auch die Konsumvereine nunmehr hilfsbedürftig geworden sind. Die beiden Spitzenverbände der deutschen Konsumvereinsbewegung, der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg und der Reichsverband deutscher Konsumvereine in Köln, haben die Regierung um eine Beihilfe gebeten, damit angeschlossene Konsumgenossenschaften, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind, gestützt werden können. Es handelt sich dabei nicht um eine Illiquiditätskrisis; sondern die verschärfte Arbeitslosigkeit dürfte den Geschäftsumfang in den typischen Arbeiterorten derart beschnitten haben, daß eine Verzinsung der angelegten Kapitalien nicht mehr möglich ist. Für die Spareinlagen der Konsumgenossenschaften sollen keine Gefahren bestehen. Dazu wird der kölnischen Volkszeitung auf Erkundigung an unterrichteter Stelle mitgeteilt:

Die Höhe des von beiden Verbänden beantragten Sanierungsfonds beträgt 15 Mill. M. und deckt sich annähernd mit der Summe, die die Konsumgenossenschaften bis Ende Juni an Sonder-